

Zwischenbericht zum 30. Juni 2009

04	Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen
08	Wirtschaftsbericht
10	Risikobericht
13	Prognosebericht
16	Sonstige Angaben

20	Bilanz zum 30. Juni 2009
22	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2009
24	Bericht des Réviseur d'Entreprises
25	Versicherung der gesetzlichen Verteter

28	Allgemeine Anmerkungen
28	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
29	Angaben zu Aktivposten
31	Angaben zu Passivposten
32	Angaben zu außerbilanziellen Posten
33	Sonstige Erläuterungen
33	Anlagespiegel
34	Sonderangaben

38	Mitglieder des Verwaltungsrats
38	Geschäftsleiter der Bank im Berichtsjahr
38	Réviseur Spécial

Zwischenlagebericht

02-17

Zwischenabschluss

18-25

Anhang

26-35

Gremien

36-38

04	1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen
04	1.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
04	1.2. Branchenspezifische Rahmenbedingungen
05	1.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Geschäftsbedingungen
08	2. Wirtschaftsbericht
08	2.1. Entwicklung der Ertragslage
09	2.2. Entwicklung der Vermögenslage
09	2.3. Entwicklung der Finanzlage
10	3. Risikobericht
10	3.1. Organisation, Verantwortlichkeiten und Aufgaben
10	3.2. Risikomessung, -steuerung und -management wesentlicher Risikoarten
13	4. Prognosebericht
13	4.1. Gesamtwirtschaftliche Lage
13	4.2. Branchenspezifische Lage
13	4.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Lage
16	5. Sonstige Angaben

Zwischenlagebericht

1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

1.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Wirtschaftskrise hat sich im zweiten Quartal 2009 weiter verschärft, auch wenn die einzelnen Branchen unterschiedlich hart betroffen sind. Laut vorliegenden Zahlen hat das Produzierende Gewerbe in Deutschland im April und Mai 2009 gut 20 % weniger hergestellt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieser massive Einbruch führte zu nochmals nach unten korrigierten Einschätzungen für das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal. Nachdem im ersten Quartal 2009 bereits deutlich geworden war, dass für das Gesamtjahr nicht nur ein Rückgang des Wachstums, sondern eine weltweite Rezession zu erwarten ist, wurde im zweiten Quartal zunehmend klarer, dass es sich um eine sehr schwere Rezession handelt. Praktisch alle bedeutenden Wirtschaftsräume – die Ausnahme in den aktuellen Analysen ist China – werden 2009 real deutlich schrumpfen.

Unerwartet stark zurückgegangen ist insbesondere der internationale Handel. Im Mai 2009 sind die deutschen Ausfuhren gegenüber dem Vorjahresmonat um 24,5 % gesunken. Ein weiterer Krisenindikator ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen, die allein im April 2009 in Deutschland bei 2.979 Fällen lag, ein Anstieg von 7,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

Trotz der weltweit sehr expansiven Geldpolitik ist konjunkturbedingt die Inflationsrate in allen wichtigen Wirtschaftsräumen in der Nähe der Nulllinie – teilweise und je nach Index auch knapp darunter. Die Europäische Zentralbank setzt massiv das Instrument der quantitativen Lockerung ein und stellt Liquidität für das Bankensystem zur Verfügung, deren Volumen grundsätzlich nur durch die Verfügbarkeit von Sicherheiten begrenzt ist und deren Zinssatz für ein Jahr bei lediglich 1 % liegt. Abgesehen von einer direkten Finanzierung der Realwirtschaft durch die Notenbanken – über die bereits laut nachgedacht wurde – ist somit das gesamte Spektrum geldpolitischer Konjunkturstützungsinstrumente eingesetzt.

1.2. Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die Finanzierungsmärkte blieben auch in der ersten Jahreshälfte 2009 sehr volatil. Im Juni und Juli dieses Jahres gab es jedoch vermehrt erfolgreiche Kapitalmarkt-emissionen. Positiv hat sich der Covered-Bond-Markt hervorgetan – und hier vor allem der Pfandbriefmarkt. Neben Jumbopfandbriefen wurden auch über Privatplatzierungen Wertpapiere abgesetzt. Zur Stabilisierung in diesem Markt hat auch das angekündigte Kaufprogramm der EZB für Covered Bonds beigetragen. Andere Märkte haben die positive Spread-Entwicklung am Covered-Bond-Markt noch nicht nachvollzogen, zum Beispiel Senior-unsecured-Anleihen von Banken.

Die Nachfrage nach Staatsfinanzierungen war auch im zweiten Quartal von schwierigen Marktbedingungen geprägt. Dennoch besteht eine große Nachfrage nach Anschlussfinanzierungen bestehender Projekte. Im ersten Quartal 2009 stiegen die Kreditrisikoaufschläge für die meisten Länder signifikant. Im zweiten Quartal gingen sie tendenziell wieder leicht zurück, sowohl bei staatlichen wie auch bei staatsnahen Emittenten. Für diese Normalisierung sind folgende Gründe maßgeblich: Die jeweiligen Staaten und die EZB haben Maßnahmen ergriffen, um Banken die Refinanzierung zu erleichtern (zum Beispiel staatsgarantierte Emissionen oder vereinfachten Zugriff auf EZB Mittel). Zusätzlich wurde der Markt für gedeckte Anleihen gestützt. Dennoch bleiben die Kreditrisikoaufschläge im Durchschnitt auf hohem Niveau – im Vergleich zu der Zeit vor September 2008 liegen sie um 60 bis 100 Basispunkte höher. Die verfügbaren Laufzeiten haben sich verkürzt und liegen generell bei maximal zehn Jahren, mit Ausnahme von Frankreich. Einige Länder waren von zahlreichen Herabstufungen durch mindestens eine der international führenden Ratingagenturen betroffen – so etwa Irland sowie Ungarn und andere zentraleuropäische Staaten im zweiten Quartal 2009. Einige Mitbewerber auf Kreditgeberseite haben sich derzeit aus dem Markt zurückgezogen.

1.3. Konzern- und unternehmensspezifische Geschäftsbedingungen

1.3.1. Rahmenbedingungen der Hypo Real Estate Group Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. ist als eine 100%-ige Tochtergesellschaft der DEPFA BANK plc ein Mitglied der Hypo Real Estate Group (HRE). Die HRE hat seit den letzten Monaten des Jahres 2008 umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen eines Konsortiums aus dem deutschen Finanzsektor und der Bundesbank unter Beteiligung der Bundesregierung sowie des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) erhalten. Zudem trat am 4. April 2009 das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz in Kraft. Dieses schuf die rechtliche Grundlage für das Übernahmeangebot und die Kapitalerhöhung in der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Juni 2009 der HRE zugunsten des SoFFin.

In einem weiteren Schritt hat der Deutsche Bundestag am 3. Juli 2009 das „Gesetz zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung“ beschlossen. Nach der Zustimmung des Bundesrats am 10. Juli 2009 trat das Gesetz am 23. Juli 2009 in Kraft. Es soll einen erweiterten Unterstützungsrahmen für die deutsche Kreditwirtschaft schaffen, um den Finanzsektor insgesamt zu stabilisieren und den Instituten mittelfristig wieder nachhaltige Gewinne zu ermöglichen. Kernstück ist, dass Banken ihre Bilanzen von nicht-strategischen Portfolios befreien können. Der HRE Konzern prüft gemeinsam mit dem SoFFin die Nutzung dieser Möglichkeit.

Liquiditätssichernde Maßnahmen Der Konzern griff im zweiten Quartal 2009 unverändert auf Liquiditätshilfen eines Konsortiums der Finanzwirtschaft sowie des SoFFin zurück. Diese Liquiditätsunterstützung summierte sich per 30. Juni 2009 auf 98,9 Mrd €. Die Liquiditätsunterstützung, die das Finanzkonsortium bis Ende des Jahres 2009 zur Verfügung stellt, wurde im zweiten Quartal vertragsgemäß erneut um 1,4 Mrd € zurückgeführt. Insgesamt wurden davon bislang 3,1 Mrd € bis zum 30. Juni 2009 zurückgeführt.

Der SoFFin hat am 9. April 2009 den gesamten Garantierahmen für die HRE in Höhe von 52 Mrd € einheitlich bis zum 19. August 2009 auf ein Fälligkeitsdatum verlängert. Die Verlängerung war erforderlich, weil ein Teil der bisherigen Garantien in Höhe von 30 Mrd € zum

15. April 2009 auslief. Am 20. Juli 2009 stellte die HRE beim SoFFin den Antrag, den Garantierahmen über 52 Mrd € über den 19. August 2009 hinaus zu verlängern.

Die zur HRE gehörende vormalige Hypo Real Estate Bank AG (firmiert seit dem 29. Juni 2009 als Deutsche Pfandbriefbank AG) kann die SoFFin-Garantien weiterhin nutzen, um auszugebende Schuldverschreibungen zu besichern. Am 17. August 2009 wurde diese Garantie nochmals bis zum 18. November 2009 verlängert. Die Konditionen der Garantie bleiben unverändert: So zahlt die Deutsche Pfandbriefbank AG an den SoFFin eine zeitanteilig berechnete Bereitstellungsprovision in Höhe von 0,1 % auf den nicht in Anspruch genommenen Teil des Garantierahmens. Für ausgestellte Garantien fällt eine Provision in Höhe von 0,5 % p.a. an.

Beteiligung des SoFFin Der SoFFin erwarb im ersten Schritt am 28. März 2009 im Rahmen einer Barkapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital 20 Mio Stück HRE Stammaktien zum Preis von 60 Mio €. Damit hielt er ca. 8,65 % des Grundkapitals und der Stimmrechte der HRE Holding. Die Bundesrepublik Deutschland, handelnd durch den SoFFin und dieser vertreten durch die Finanzmarktstabilisierungsanstalt, hat am 17. April 2009 ein Übernahmeangebot an alle HRE Aktionäre zum Erwerb ihrer Aktien zum Preis von 1,39 € pro Stammaktie veröffentlicht. Die Annahmefrist lief bis zum 4. Mai 2009. Das Übernahmeangebot wurde für 89.321.660 Aktien der HRE Holding angenommen. Dies entspricht einem Anteil von rund 38,65 % des Grundkapitals und der Stimmrechte der HRE Holding. Nach dem Übernahmeangebot verfügte der SoFFin über 109.321.660 Aktien, dies entsprach rund 47,31 % des Grundkapitals und der Stimmrechte der HRE Holding. Die Abwicklung des Übernahmeangebots erfolgte am 7. Mai 2009.

Verfahren bei der Europäischen Kommission Die Europäische Kommission hat mit Entscheidung vom 2. Oktober 2008 die Maßnahmen zur Abdeckung des Liquiditätsbedarfs der HRE Gruppe genehmigt. In der Entscheidung wurde die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, bis spätestens 1. April 2009 einen Umstrukturierungsplan für die HRE Gruppe vorzulegen. Die HRE Gruppe hat einen solchen Umstrukturierungsplan erstellt und über das Bundesministerium für Wirtschaft fristgerecht bei der

Europäischen Kommission eingereicht. Dieser Umstrukturierungsplan wird derzeit von der Europäischen Kommission geprüft. Mit Entscheidung vom 8. Mai 2009 hat die Europäische Kommission das sogenannte „förmliche Prüfverfahren“ eingeleitet. Die Einleitung des förmlichen Prüfverfahrens ist in komplexen beihilferechtlichen Verfahren das übliche Vorgehen, wird von der Europäischen Kommission ergebnisoffen geführt und nimmt noch keine inhaltliche Entscheidung vorweg. Der Vorstand der HRE Holding rechnet derzeit mit einer abschließenden Entscheidung der Europäischen Kommission nicht vor Herbst 2009.

Außerordentliche Hauptversammlung Rund 2.000 Aktionäre besuchten die außerordentliche Hauptversammlung der HRE Holding am 2. Juni 2009 in München. Auf der Tagesordnung stand ausschließlich die „Beschlussfassung über eine Erhöhung des Grundkapitals gemäß §§ 182 ff. AktG i.V.m. § 7 FMStBG gegen Bar einlagen unter Ausschluss des Bezugsrechtes der Aktionäre“. Die Präsenz zum Zeitpunkt der Abstimmung über diesen einzigen Tagesordnungspunkt belief sich auf 74,06 % des Grundkapitals. Die Aktionärinnen und Aktionäre stimmten der von Vorstand und Aufsichtsrat vorgeschlagenen Kapitalerhöhung mit großer Mehrheit zu (73,95 %).

Zur Zeichnung der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung wurde ausschließlich der SoFFin zugelassen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der SoFFin hat sein Bezugsrecht ausgeübt und rund 986,5 Mio Aktien zu einem Ausgabebetrag von 3,00 € gezeichnet. Das Amtsgericht München als zuständiges Registergericht hat die Kapitalerhöhung am 8. Juni 2009 eingetragen. Damit beträgt das Grundkapital der Gesellschaft 3.652.885.800 €, das sich in 1.217.628.600 Stückaktien aufteilt. Der SoFFin hält nunmehr rund 90 % der Aktien der HRE Holding. Der Gesellschaft sind aus dieser Kapitalerhöhung rund 2,96 Mrd € zugeflossen.

Der SoFFin hat auf dieser Basis der HRE Holding am 8. Juni 2009 mitgeteilt, dass er die Übertragung der Aktien der außenstehenden Aktionäre gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung verlangt. Die Entscheidung über den Ausschluss der Minderheitsaktionäre trifft eine weitere außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft. Der Termin muss noch festgelegt werden.

Restrukturierung und strategische Neuausrichtung der HRE

Die HRE hat die bereits angekündigte Verschmelzung ihrer beiden deutschen Pfandbriefbanken am 29. Juni 2009 durchgeführt und treibt damit die Neuausrichtung des Konzerns weiter voran. Die Eintragung beim Amtsgericht München erfolgte am 29. Juni 2009. Die neue Einheit firmiert als Deutsche Pfandbriefbank AG mit Sitz in München. Die Deutsche Pfandbriefbank AG ist die strategische Kernbank des Konzerns. Sie bündelt die strategischen Aktiva und das Neugeschäft in den beiden Geschäftsfeldern Immobilienfinanzierung und Staatsfinanzierung. Der Name der neuen Bank weist auf den Pfandbrief als zentrales Refinanzierungsinstrument hin.

Die irische Bankentochter DEPFA BANK plc, Dublin, die das sogenannte Wertportfolio des Konzerns verantworten wird, bleibt weiter eine direkte Beteiligung der Holding.

Auf Basis des „Gesetzes zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung“ prüft der Konzern in Abstimmung mit dem SoFFin die Einbringung nicht-strategischer Geschäftsteile und Aktiva der HRE in eine neu zu gründende teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts – eine eigene Rechtseinheit unterhalb des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Eine Projektgruppe hat Mitte Juni 2009 ihre Arbeit aufgenommen und bereits erste Analysen angefertigt. Diese werden als Grundlage für Gespräche mit dem Bund und dem SoFFin dienen. Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. ist als 100%-ige Tochter der DEPFA BANK plc, Dublin, zugeordnet.

Die strategisch angestrebte Konzentration auf pfandbrieffähiges Neugeschäft in ausgewählten Kernmärkten der Segmente Commercial Real Estate und Public Sector Finance wird konsequent umgesetzt. Auch die Reduzierung der Standorte schreitet im Plan gut voran. Seit Januar 2009 wurden bereits 15 Vertriebsstandorte weltweit geschlossen (Stand 31. Juli 2009), weitere sieben Standortschließungen sollen bis Ende des Jahres folgen. Der Standort Luxemburg ist hiervon zurzeit nicht betroffen.

Im Rahmen der Neuausrichtung und zur Reduzierung der Kosten plant die HRE, in zwei Schritten weltweit rund 1000 Stellen abzubauen. Die dafür in Deutschland erforderlichen Interessenausgleiche für die Maßnahmen

im Jahr 2009 haben die Tochterbanken mit den zuständigen Betriebsratsgremien im Mai 2009 abgeschlossen. Die ebenso erforderlichen Sozialpläne, die die gesamte Periode des Personalabbaus bis Ende 2013 abdecken, haben die Banken und die Betriebsratsgremien ebenfalls im Mai beziehungsweise im Juni 2009 vereinbart. In Luxemburg wurden diese Interessenausgleiche noch nicht initiiert.

1.3.2. Unternehmensspezifische Geschäftsbedingungen Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. reagierte auf diese weiterhin schwierigen Bedingungen auf den Geld- und Kapitalmärkten und der Unsicherheit über die weitere Zukunft der HRE und somit letztendlich der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. weiterhin mit einer Zurückhaltung im Kreditneugeschäft.

Das Hauptaugenmerk der Bank lag im ersten Halbjahr 2009 wie schon im Jahr 2008 auf der jederzeitigen Sicherstellung der Liquidität. Aufgrund der hohen Qualität des Anlagebestandes war die Bank in der Lage, einen großen Teil ihres Liquiditätsbedarfes im Rahmen von Pensions- und Tendergeschäften sicherzustellen. Es hat sich erneut ausgezahlt, dass die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. in der Vergangenheit nicht nur auf die Qualität, sondern auch auf die Liquidität (Repo/EZB-Fähigkeit) der Assets großen Wert gelegt hat. Daneben wurden eigene Pfandbriefe in einem Volumen von 582,5 Mio € emittiert.

Den negativen Implikationen der Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen auf die HRE kann sich die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. aufgrund ihrer engen Einbindung in die Gruppe nicht entziehen. Der Zugang zu Pensionsgeschäften mit externen Partnern war im ersten Quartal 2009 weiterhin schwierig, zeigte aber im zweiten Quartal 2009 erste Anzeichen von Verbesserungen. Aufgrund der hohen Qualität der Assets konnte das Tendergeschäft mit der Zentralbank jedoch deutlich ausgebaut werden. Das Hilfspaket der deutschen Finanzwirtschaft und des deutschen Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) für die HRE wurde im ersten Halbjahr 2009 weiterhin indirekt über die DEPFA BANK plc, Dublin, bzw. die Deutsche Pfandbriefbank AG, München, in Anspruch genommen.

Durch die hohe Qualität des Deckungsstocks tragen die öffentlichen Pfandbriefe (Lettres de Gage Publiques) der

Hypo Pfandbrief Bank International S.A. unverändert ein AAA-Rating durch die Ratingagentur Standard & Poor's. Dieses Rating wurde am 30. Dezember 2008 bestätigt – allerdings aufgrund der angespannten Lage im Konzern weiterhin mit Watch negativ. Nachdem das Counterparty-Rating für die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. im Rahmen der Finanzmarktkrise zusammen mit allen anderen Einheiten der HRE im Oktober 2008 von Standard & Poor's auf BBB mit Ausblick „developing“ gesenkt wurde, hat Standard & Poor's den Rating-Ausblick aufgrund der Unterstützungsmaßnahmen für die Gruppe durch den Bund am 1. April 2009 mit Ausblick „positiv“ gesetzt. Das Short-Term-Rating wurde am 24. Oktober 2008 auf A-2 bestätigt und trägt ebenfalls seit dem 1. April 2009 den Ausblick „positiv“.

Der Verwaltungsrat der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. hat im ersten Halbjahr 2009 in einer Sitzung die berichtspflichtigen Vorgänge beraten und dazu Entscheidungen getroffen – insbesondere die Verabschiedung des Jahresabschlusses 2008.

Herr Dr. Fell hat sein Verwaltungsratsmandat zum 20. Januar 2009 niedergelegt. Herr Matthew Cyril Dunne wurde am 2. Februar 2009 in den Verwaltungsrat berufen und zum Verwaltungsratsvorsitzenden gewählt. Am 23. Februar 2009 wurden Herr Stephane Rio und Herr Michael Schultheiss in den Verwaltungsrat aufgenommen. Frau Julia Hoggett hat den Verwaltungsrat zu diesem Zeitpunkt verlassen. Herr James William Campbell hat sein Verwaltungsratsmandat am 27. April 2009 niedergelegt.

In der Hauptversammlung am 29. April 2009 wurde Frau Fiona Gegan als neues Verwaltungsratsmitglied bestellt. Herr Matthew Cyril Dunne (als Vorsitzender), Herr Hagen Schmidt, Herr Klaus Söllner und Herr Stephane Rio wurden als Verwaltungsratsmitglieder bestätigt, das Mandat von Herrn Michael Schultheiss lief mit dem Tag der Hauptversammlung aus.

Die Geschäftsführung hat zu jeder Zeit die lokalen Aufsichtsbehörden (CSSF und Banque Centrale du Luxembourg) sowie die externen Prüfer und Treuhänder über die Entwicklungen im Konzern und in der Bank umfassend und zeitnah informiert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Entwicklung der Ertragslage

Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. konnte im Berichtszeitraum die erfreuliche Ergebnisentwicklung weiter fortsetzen und hat mit einem Ergebnis nach Steuern von 7,7 Mio € das Ergebnis der Vorjahresperiode (4,4 Mio €) um 75,0 % übertroffen. Das Ergebnis vor Risikovorsorge konnte mit 9,8 Mio € gegenüber dem Vorjahreszeitraum (5,5 Mio €) um 78,2 % übertroffen werden. Die Zuführungen zur Risikovorsorge (0,5 Mio €) erfolgte hierbei nur im Rahmen steuerlicher Bestimmungen. Leistungsstörungen wurden nicht beobachtet und werden zum jetzigen Zeitpunkt auch künftig nicht erwartet. Im Vorjahreszeitraum wurden keine Zuführungen vorgenommen.

Der Zinsüberschuss stieg auf 11,3 Mio €, nach 7,6 Mio € in den ersten sechs Monaten 2008. Primär ist der Anstieg um 48,3 % auf hohe Erträge im Geldmarktbereich zurückzuführen. Die Zinssenkungen zu Beginn des Jahres 2009 ermöglichten es, sinkende Refinanzierungsaufwendungen zu nutzen. Beim Verwaltungsaufwand ist ein Rückgang um 4,9 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum aufgrund geringerer Personalkosten zu verzeichnen. Die Cost-Income-Ratio nahm weiter auf 17,1 % (30. Juni 2008: 26,8 %) ab.

Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform			
in Tsd		30.06.2009	31.12.2008
Zinsüberschuss		11.305	7.625
Provisionsergebnis		-418	-304
Nettoertrag aus Finanzgeschäften		144	44
Personalaufwand	-690		-863
Andere Verwaltungsaufwendungen	-1.183		-1.165
Abschreibungen auf Sachanlagen	-78		-23
Verwaltungsaufwand		-1.951	-2.051
Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen		685	131
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge		9.765	5.445
Kursgewinne/Verluste aus Anlagebestand		-5	-
Risikovorsorge		-500	-
Betriebsergebnis nach Risikovorsorge		9.260	5.445
Steuern		-1.567	-1.063
Jahresüberschuss		7.693	4.382

2.2. Entwicklung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. belief sich zum 30. Juni 2009 auf 8.541 Mio €, nach 9.211 Mio € zum 31. Dezember 2008.

Der Forderungsbestand einschließlich Wertpapiere beträgt 7.535 Mio €. Das entspricht gegenüber dem 31. Dezember 2008 (8.125 Mio €) einem Rückgang um 7,3 %.

Im Berichtsjahr hat die Bank bisher keine Wertpapiere und Schuldverschreibungen erworben. Wertpapiere mit einem Volumen von 20 Mio € wurden verkauft. Der Rückgang ist daher größtenteils auf Endfälligkeiten zurückzuführen. Derivative Finanzinstrumente wurden nur zur Absicherung gegen Risiken aus Marktveränderungen eingesetzt.

Sämtliche Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet und werden dort nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Wertberichtigungen wegen voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen mussten nicht vorgenommen werden. Zum 30. Juni 2009 bestanden für Wertpapiere des Anlagebestandes mit einem Buchwert von 4.556 Mio € niedrigere Marktwerte in Höhe von 4.000 Mio €. Von diesen Wertdifferenzen waren 617 Mio € auf Credit-Spreadänderungen zurückzuführen. Die restlichen Wertdifferenzen waren durch gegenläufige Zinsderivate-Positionen gedeckt.

Für die Bewertung der Wertpapiere werden grundsätzlich Marktpreise herangezogen. Aufgrund des weitestgehend fehlenden aktiven Marktes musste jedoch ein Volumen von 4.023 Mio € mit Preisen bewertet werden, die aus von Maklern gestellten Kurven bzw. aus Preisen von vergleichbaren, aktiv gehandelten Papieren abgeleitet wurden.

2.3. Entwicklung der Finanzlage

Die Kapitalstruktur der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. zum 30. Juni 2009 ist weiterhin solide; alle laufenden Verpflichtungen können erfüllt werden. Auch die Verbindlichkeiten weisen eine ausgewogene Fristenstruktur auf.

Die Refinanzierungsmittel betragen 8.206 Mio €. Diese reduzierten sich gegenüber dem Vorjahresende (8.807 Mio €) um 6,8 %.

Im ersten Halbjahr 2009 wurden öffentliche Inhaberpfandbriefe (Lettres de Gage Publiques) mit einem Volumen von 500 Mio € begeben. Namenspfandbriefe wurden mit einem Volumen von 82,5 Mio € begeben. Nachrangmittel wurden im ersten Halbjahr nicht emittiert.

Im Berichtszeitraum wurden sechs begebene Pfandbriefe über Nominal 1.390 Mio € (Vorjahresperiode 421,2 Mio €) endfällig. Im Berichtszeitraum wurden keine öffentlichen Pfandbriefe zurückgekauft und aufgelöst.

Das bilanzielle Eigenkapital belief sich am 30. Juni 2009 auf 129,0 Mio € nach 121,3 Mio € zum Vorjahresende.

Bankenaufsichtsrechtliche Kennzahlen Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. weist auch bankenaufsichtsrechtlich zum 30. Juni 2009 eine solide Eigenkapitalausstattung auf. Das haftende Eigenkapital (gemäß den neuen Meldevorschriften – CoREP) erhöhte sich von 134,9 Mio € zum 31. Dezember 2008 auf 155,7 Mio €. Die Eigenmittelquote (Minimum 8 %) liegt zur Jahresmitte 2009 bei 21,7 %; die Kernkapitalquote beträgt 17,0 %.

Liquidität Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. hat jederzeit die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Liquiditätsgrundsätze eingehalten. Diese Kennzahl setzt die aus den als flüssig deklarierten Aktiva im Verhältnis zu den fälligen Verbindlichkeiten zusammen. Die Liquidität gilt als ausreichend, wenn die fälligen Verbindlichkeiten zu mindestens 30 % durch Aktiva gedeckt sind. Für die Bank belief sich dieser Wert zum Stichtag auf 49,5 % (Vorjahr 57,9 %).

Trotz der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften ist durch die enge Integration der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. in die HRE eine sehr enge Verbindung mit der Liquiditätslage des Mutterkonzerns gegeben (siehe auch Punkt 3.2.3.).

3. Risikobericht

3.1. Organisation, Verantwortlichkeiten und Aufgaben

Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. ist als Mitglied der HRE in die Methoden/Vorgehensweisen der Risikoidentifizierung, -messung, -limitierung, -controlling und -management der Gruppe integriert. Im Rahmen dieser Vorgaben und der lokalen Vorschriften überwacht das Risikocontrolling der Bank zusammen mit dem Risikocontrolling der DEPFA BANK plc, Dublin, die Risiken. Diese Einheit, die direkt an das vom Portfolio- und Risikomanagement unabhängige Mitglied in der Geschäftsleitung berichtet, hat den Fortschritt der Bank adäquat begleitet und die Risikomess- und -steuerungssysteme im Hinblick auf die sich kontinuierlich wandelnden internen und externen Anforderungen entsprechend weiterentwickelt. Die Kernaufgaben dieser Einheit sind:

- tägliche Risikomessung und -überwachung, der Markt-, Kredit-, Kontrahenten-, FX- und Liquiditätsrisiken (im wesentlichen auf Basis eines Value-at-Risk-Ansatzes)
- tägliche Ermittlung des wirtschaftlichen Ergebnisses
- unabhängige Kontrolle der zur Risiko- und Ergebnismessung verwendeten Parameter
- Weiterentwicklung und Implementierung der Steuerungskonzepte

Zur Überwachung und Steuerung der Einzelrisiken hat die Bank entsprechende Berichtswege und Steuerungsmaßnahmen eingerichtet, durch die nicht nur die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat der Bank, sondern auch andere Ebenen in der HRE unterrichtet werden.

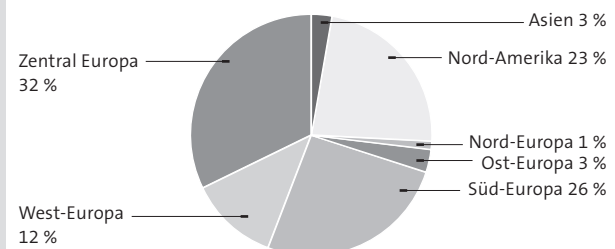
3.2. Risikomessung, -steuerung und -management wesentlicher Risikoarten in der Hypo Pfandbrief Bank International S.A.

3.2.1. Adressrisiken Adressrisiken lassen sich in Kredit-, Kontrahenten-, Emittenten- und Länderrisiken untergliedern und bezeichnen jeweils den potenziellen Wertverlust, der durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen von Kunden im Kreditgeschäft, von Emittenten von Schuldscheindarlehen und Wertpapieren sowie von Kontrahenten von Geldhandels-, Wertpapier- und Derivategeschäften entstehen kann.

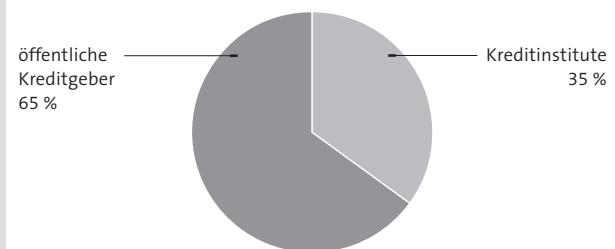
Die Kreditrisiken entfallen fast ausschließlich auf öffentliche Kreditnehmer und Banken in OECD-Mitgliedsstaaten. Die Auslastung sämtlicher Kreditlinien steht für jeden einzelnen Kontrahenten und auch in einer Zusammenfassung online auf Marktwertbasis zur Verfügung.

Die Aufteilung des Kreditportfolios stellt sich zum 30. Juni 2009 wie folgt dar:

Aufteilung des Kreditportfolios nach Regionen



Aufteilung des Kreditportfolios gemäß Kreditnehmer



Bei den organisatorischen Maßnahmen und der funktionalen Trennung der Kreditprozesse wird nicht nur die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen in Luxemburg sichergestellt, sondern die Bank orientiert sich als Mitglied der HRE auch an den deutschen Mindestanforderungen für das Risikomanagement (MaRisk).

Als Kontrahentenrisiken werden mögliche Wertverluste von zins- und fremdwährungsbezogenen Derivate- und Termingeschäften bezeichnet. Diese Geschäfte werden überwiegend zur Sicherung von Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung abgeschlossen. Als Maßstab für das Kontrahentenrisiko wird konzernweit ein auf der Marktbewertungsmethode basierender Value-at-Risk-Ansatz verwendet, der auf potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten abstellt. Die Kontrahentenrisiken im Derivate-, Wertpapier- und Geldhandels-geschäft bestehen mit Kreditinstituten, Zentralbanken und supranationalen Einrichtungen, deren Bonität sowohl nach dem Urteil externer Ratingagenturen als auch gemäß intern verwendeter Ratingverfahren als überdurchschnittlich gut zu bezeichnen ist. Zur Reduzierung des derivatebezogenen Kontrahentenrisikos verwendet die Bank Rahmenverträge mit ihren Geschäftspartnern, die es ermöglichen, die vom Rahmenvertrag erfassten Kontrakte zu einer Nettoforderung zu verrechnen, wenn der Kontrahent seinen Verpflichtungen nicht nachkommt (sogenanntes Close-Out-Netting). Zur zusätzlichen Risikoreduktion werden ggf. Sicherheitsvereinbarungen abgeschlossen, die zur Kündigung von Transaktionen führen können, falls der Kontrahent einer Aufforderung zur Sicherheitenstellung nicht nachkommt.

Als Länderrisiko bezeichnet die HRE das Risiko möglicher Transfer- und Konvertierungsprobleme bei Vertragspartnern mit Sitz im Ausland. Das Risiko besteht darin, dass ein grundsätzlich zahlungsfähiger und -williger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, weil er wegen staatlicher Maßnahmen nicht in der Lage ist, Devisen zu beschaffen oder Vermögenswerte an Nicht-Gebietsansässige zu übertragen. Die laufende Überwachung der Länderrisiken erfolgt durch das Risikocontrolling. Die Steuerung der Länderrisiken durch das Kreditrisikomanagement erfolgt auf Basis von Länderlimiten. In Abhängigkeit von den Ergebnissen des internen Ratingverfahrens der HRE werden

- jedem einzelnen Land und
- Gruppen von Ländern in bestimmten Ratingkorridoren

Limite zugewiesen, welche die Geschäftsaktivitäten begrenzen. Sämtliche Länderratings und Länderlimite werden mindestens einmal im Jahr vom Risk Management Committee der HRE überprüft. Zusätzlich

werden die internen Risikoeinschätzungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten Ratingagenturen verglichen.

3.2.2. Marktrisiko Unter Marktrisiko versteht man den potenziellen Verlust, der durch die Veränderung von Preisen an den Finanzmärkten entstehen kann – aufgrund veränderter Marktrisikofaktoren (insbesondere Zinsen, Devisenkurse, Volatilitäten). Dabei werden bei allen Banken in der HRE das gesamte Kreditgeschäft, alle eigenen Emissionen, die Wertpapiere des Anlage- und Liquiditätsvorsorgebestandes sowie alle Geschäfte in Derivaten berücksichtigt.

Hierbei wird zwischen allgemeinen und speziellen Zinsrisiken (Spreadrisiken) unterschieden. Erstere messen die möglichen Barwertveränderungen der Positionen bei Verschiebungen der risikolosen Zinskurve (Swapkurve). Die Messung der Spreadrisiken berücksichtigt mögliche Barwertveränderungen, falls sich die in den Kursen von Wertpapieren und Derivaten eingepreisten Bonitätsaufschläge verändern.

Währungsrisiken werden bei der Hypo Pfandbrief Bank International S.A., wie in allen Banken der HRE, größtenteils kursgesichert und liegen somit nur in geringfügiger Höhe vor.

Für die tägliche Quantifizierung der Marktrisiken verwendet die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. Value-at-Risk-Ansätze. Diese ermitteln einen potenziellen Verlust unter der Annahme einer Haltedauer der Position von zehn Tagen und eines Konfidenzniveaus von 99 %. Der Betrachtungszeitraum für die historischen Daten beträgt 250 Handelstage. Der Value-at-Risk wird täglich vom lokalen Risikocontrolling bzw. vom Risikocontrolling der DEPFA BANK plc, Dublin, ermittelt und an die Geschäftsleitung, den Verwaltungsrat und die zuständigen Stellen in der HRE berichtet. Die Bank ist mit diesem System jederzeit in der Lage, Konsequenzen potentieller Marktschwankungen zeitgerecht zu steuern. Das Exposure belief sich für allgemeine Zinsrisiken zum 30. Juni 2009 auf 0,8 Mio € (Vorjahr: 1,8 Mio €); bei den allgemeinen Währungsrisiken auf 0,6 Mio € (Vorjahr: 0,1 Mio €).

Risikomesssysteme für Credit Spreads existieren für alle relevanten Positionen der Hypo Real Estate. Durch die in

der Finanzmarktkrise angestiegene Volatilität in den Spreads hat sich die entsprechende Value-at-Risk-Kennziffer stark ausgeweitet, obwohl die Strukturen und Bestände keine wesentlichen Änderungen aufweisen. Da das Geschäftsmodell der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. jedoch generell ein Halten bis zur Endfälligkeit (vor allem im Deckungsstock) vorsieht, ist dieser Risikoindikator begrenzt aussagefähig.

Ergänzt werden die tägliche Ermittlung, die Limitierung und das Reporting des Value-at-Risk und der tatsächlich eingetretenen Barwertveränderungen durch regelmäßige Stress Tests. Während der Value-at-Risk das Marktrisiko bei „normalen“ Marktschwankungen misst, werden durch die Simulation von Stressszenarien auch die potenziellen Barwertveränderungen bei sehr extremen und außergewöhnlichen Marktbewegungen gemessen.

So sieht das CSSF-Rundschreiben 08/338 vom 19. Februar 2008 für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen luxemburgischen Rechts einen halbjährlich durchzuführenden Stresstest vor. Das anzuwendende Zinsszenario entspricht einem Anstieg und einem Rückgang aller Zinssätze um 200 Basispunkte. Für die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. betrug die potenzielle Barwertänderung für allgemeine Zinsrisiken zum 30. Juni 2009 bei dem genannten Zinsanstieg -6,0 Mio € und Zinsrückgang +8,4 Mio €.

Weitere Marktrisiken wie z.B. Aktienrisiken oder Inflationsrisiken liegen für die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. nicht vor.

3.2.3. Liquiditätsrisiko Das oberste Ziel der Steuerung von Liquiditätsrisiken ist die uneingeschränkte Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank. Gemäß dem internen Limitsystem muss jederzeit an den jeweils folgenden fünf Tagen der Saldo von voraussichtlich eingehenden und abfließenden Zahlungsströmen und möglichen liquiditätsbeschaffenden Maßnahmen, die so genannte Liquiditätsposition, zumindest ausgeglichen sein. Diese wird täglich unter Berücksichtigung von konservativen Sicherheitsabschlägen („haircuts“) bestimmt, durch das Risikocontrolling überwacht und an die Geschäftsleitung und die mit der Risikoüberwachung betrauten Konzernstellen berichtet. Diese Vorgaben konnten seit der Verschärfung der Finanzmarktkrise seit Ende September 2008 jedoch nicht mehr

jederzeit eingehalten werden. Die lokalen Aufsichtsbehörden werden seit diesem Zeitpunkt einmal wöchentlich über die Liquiditätssituation der Bank informiert.

Um darüber hinaus kurzfristige Refinanzierungsnotwendigkeiten frühzeitig zu erkennen, wird handelsunabhängig eine auf 90 Tage ausgeweitete Liquiditätsvorausschau erstellt, die als Grundlage für die aktive und vorausschauende Liquiditätspolitik dient. Zusätzlich wird täglich ein auf den rollierenden 30-Tage Horizont abgestellter Liquiditätsstatus ermittelt und berichtet, der sämtliche zukünftige Zahlungsflüsse sowie die aus den nicht deckungsgebundenen Wertpapieren hervorgehenden Liquiditätspotentiale umfasst und eine präzise Liquiditätssteuerung ermöglicht.

Für die kurzfristige Liquiditätsbeschaffung ist die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. neben Tender/Repo-Transaktionen – indirekt über die DEPPA BANK plc, Dublin, und die Deutsche Pfandbriefbank AG, München, – auf das Hilfspaket der deutschen Finanzwirtschaft und des SoFFin angewiesen.

3.2.4. Operationelles Risiko/Businessrisiko Das operationelle Risiko ist in der HRE definiert als die Gefahr von Verlusten, verursacht durch fehlerhafte interne Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse. Diese Definition schließt Rechtsrisiken mit ein. Das Businessrisiko umfasst das Verlustrisiko aufgrund Änderungen im externen Geschäftsumfeld, welches das Geschäftsmodell der Bank negativ beeinflusst.

Da alle Bereiche der Gruppe von operationellen Risiken betroffen sein können, hat die Gruppe ein Basel II konformes Rahmenwerk zur einheitlichen Identifizierung und Steuerung dieser Risiken umgesetzt. Das gruppenweit übergreifende Rahmenwerk beinhaltet die Group Policy zum Verständnis sowie zur proaktiven Begegnung mit dieser Risikoart, sowie Rollen und Verantwortlichkeiten bzw. Prozesse und Instrumente.

Identifizierung, Analyse und Management liegen in der Verantwortung der einzelnen Bereiche in den Banken. Operational Risk Vorfälle werden daher dezentral in der Loss Database nach gruppeneinheitlichen Vorgaben erfasst. Hierbei war von Seiten der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. im Jahr 2009 ein Vorfall mit einer Schadenshöhe von 25 Tsd € zu berichten.

4. Prognosebericht

4.1. Gesamtwirtschaftliche Lage

Die HRE bleibt bei den Prognosen für die weitere Entwicklung sehr vorsichtig, auch wenn sich bei manchen Marktbeobachtern die Erwartungen in den letzten Wochen leicht erholt haben. Die überwiegende Mehrzahl der Akteure bleibt indes sehr skeptisch eingestellt. Erst für 2010 erwarten die meisten Institute eine Rückkehr zu positiven, wenn auch sehr moderaten Wachstumsraten. Vieles wird davon abhängen, wie die laufenden Konjunkturprogramme wirken und wie stark sich das Ende von Unterstützungsprogrammen auswirkt.

Konjunkturstabilisierend wirkten im zweiten Quartal 2009 die nochmaligen Senkungen der Leitzinsen durch die Europäische Zentralbank – im Mai von 1,5 % auf 1,25 %, Mitte Juni noch einmal auf aktuell 1 %. Zu nennen ist aber auch die massive Erhöhung der Liquiditätsversorgung der Banken jenseits der Zinspolitik. Daher wird bereits seit einiger Zeit über drohende Inflationsgefahren spekuliert. In der Tat wird es in diesem Zusammenhang sehr auf die Bereitschaft der Zentralbanken ankommen, bei einer tatsächlichen Konjunkturwende die Liquiditätsausweitungen der vergangenen Monate wieder zurückzufahren.

Wie die Geldpolitik ist auch die Fiskalpolitik in allen wichtigen Ländern massiv auf Expansionskurs. So hat das deutsche Bundeskabinett im Juni 2009 einen Haushaltsplan für 2010 verabschiedet, der eine Rekordneverschuldung von 86 Mrd € auf der Ebene des Bundes vorsieht. Der massive Einbruch der Wertschöpfung wird außerdem zu weiteren Problemen auf dem Arbeitsmarkt führen. Zwar greifen hier derzeit noch vielerorts temporäre Maßnahmen, insbesondere die – in Deutschland durch den Gesetzgeber in der Krise ausgedehnte – Kurzarbeit. Es steht jedoch zu befürchten, dass in nächster Zukunft massive Entlassungen folgen, wenn und insofern dieses kurzfristige Flexibilitätspotenzial nicht mehr ausreicht. In den USA ist die Arbeitslosenquote bereits deutlich gestiegen, und auch für Deutschland wird für den Winter 2009/10 ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenzahlen erwartet. Die pessimistische Prognose der OECD geht sogar von einem Anstieg auf die Marke von fünf Millionen aus, im Juni 2009 waren es 3,41 Mio.

4.2. Branchenspezifische Lage

4.2.1. Finanzmärkte Die Finanzierungsmärkte sind weiterhin von großer Unsicherheit geprägt, und die weitere Entwicklung hängt von sehr vielen Faktoren ab. Selektiv dürften sich einzelne Märkte weiter stabilisieren – insbesondere dann, wenn die staatlichen Unterstützungsprogramme greifen. Zu den stabileren Märkten sollte auch der Pfandbriefmarkt zählen, nicht zuletzt aufgrund des Ankaufprogramms der EZB. Insgesamt können jedoch weitere Volatilitäten nicht ausgeschlossen werden.

4.2.2. Public Finance Das dritte Quartal verläuft im Staatsfinanzierungsmarkt erfahrungsgemäß relativ ruhig. Die Restrukturierungsbemühungen für den Bankensektor – zum Beispiel durch die Verlagerung problematischer Vermögenswerte in sogenannte Bad Banks oder einen erleichterten Zugriff auf langfristige Refinanzierungsmittel für den Markt für gedeckte Schuldverschreibungen – dürften zu einer weiteren Normalisierung der Märkte führen. Diese Erleichterung sowohl auf der Aktiv- wie auf der Passivseite könnte einigen Marktteilnehmern helfen, ihre Staatsfinanzierungskunden aktiver zu betreuen. Insgesamt könnten ein steigender Finanzbedarf bei Staatsregierungen, Regional- und Kommunalverwaltungen zur Stützung des Wiederaufschwungs sowie ein prozyklisches Nachfrageverhalten in den Staatsfinanzierungsmärkten vieler Länder im vierten Quartal zu einer höheren Nachfrage nach langfristigen Finanzierungen führen. Dies könnte die Risikoauflage zum Jahresende hin wieder steigen lassen.

4.3. Konzern- und Unternehmensspezifische Lage

4.3.1. Konzernspezifische Lage Die Prognosen zur zukünftigen Entwicklung der HRE (und somit der Hypo Pfandbrief Bank International) stellen Einschätzungen dar, die auf Basis der zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen wurden. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie die im Risikobericht angesprochenen – in nicht kalkulierter Höhe eintreten, so können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen wesentlich abweichen.

Die meisten Unternehmen der HRE (auch die Hypo Pfandbrief Bank International S.A.) waren im ersten Halbjahr 2009 weiterhin in ihrer Existenz gefährdet. Die HRE geht unverändert von einer Fortführung ihrer Tätigkeit unter den nachfolgend dargestellten Voraussetzungen (Exogene Faktoren/Endogene Faktoren) aus, deren Vorliegen beziehungsweise Eintreten der Vorstand der HRE nach sorgfältiger Prüfung auf der Basis der ihm vorliegenden Informationen derzeit für überwiegend wahrscheinlich hält.

Exogene Faktoren

- Die HRE bekommt sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch im Gesamtvolumen hinreichende weitere Liquiditätsunterstützungen seitens des SoFFin. Darüber hinaus erhält die HRE hinreichende Kapitalhilfen zur Stärkung ihrer Kapitalbasis durch den SoFFin. Die Unterstützungen werden zu tragfähigen Konditionen gewährt.
- Das Kapitalmarktumfeld stabilisiert sich innerhalb des Zeitraums der Jahre 2010 bis 2012, insbesondere kommt es nicht zu einer gravierenden weiteren Verschärfung der Finanzmarktkrise mit unabsehbaren Folgen, beispielsweise ausgelöst durch externe Schocks wie den Zusammenbruch von größeren Staaten oder von bedeutenden Banken, und die Krise der Immobilienmärkte führt nicht zu Ausfällen von Krediten und Wertpapieren in einer existenzgefährdenden Höhe.
- Der Interbankenmarkt und andere kurzfristige unbesicherte Refinanzierungsmärkte sowie die langfristigen besicherten und unbesicherten Refinanzierungsmärkte erholen sich, beginnend ab 2010. Es kommt zu einer Stabilisierung bis leichten Erholung der Ratings der Unternehmen der HRE. Die Unterstützungen können in den nächsten Jahren sukzessive durch eigenständige Refinanzierungen gedeckt werden.

Endogene Faktoren

- Der HRE gelingt es, das Vertrauen der Kunden wiederzuerlangen und erfolgreich Neugeschäft in auskömmlichem Volumen und zu auskömmlichen Margen abzuschließen.
- Die Umsetzung der Restrukturierung der HRE mit dem Ziel der Steigerung der Effizienz und Rentabilität sowie Verschlanung der Geschäftsabläufe ist keinen wesentlichen Verzögerungen oder Behinderungen ausgesetzt.

- Die Abwicklung oder Sanierung von leistungsgestörten Finanzierungen durch die HRE kann im Wesentlichen wie derzeit vorgesehen umgesetzt werden.

Mit Datum vom 28. März 2009 hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds der HRE Holding und der Deutschen Pfandbriefbank AG (vormals Hypo Real Estate Bank AG) schriftlich bestätigt, dass er beabsichtigt, die HRE Holding durch eine hinreichende Rekapitalisierung und die Deutsche Pfandbriefbank AG durch weitere hinreichende Garantieübernahmen zu stabilisieren.

Voraussetzung für die beabsichtigte Rekapitalisierung der HRE durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds ist der Erwerb der vollständigen Kontrolle durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds oder den Bund über die HRE Holding. Als ersten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE hat der Finanzmarktstabilisierungsfonds am 28. März 2009 20 Mio HRE Holding Aktien zum gesetzlichen Mindestpreis von 3,00 € je Aktie unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre übernommen. Als zweiten Schritt zur Rekapitalisierung der HRE haben die Aktionäre auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 2. Juni 2009 eine Kapitalerhöhung in Höhe von rund 2,96 Mrd € gegen Bareinlage beschlossen. Die rund 986,5 Mio Aktien wurden zum satzungsmäßigen Nennwert und gesetzlichen Mindestpreis in Höhe von 3,00 € ausgegeben. Zur Zeichnung der neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung wurde ausschließlich der Finanzmarktstabilisierungsfonds zugelassen, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds hält nach der Eintragung der Kapitalerhöhung am 8. Juni 2009 einen Anteil von rund 90 % am Grundkapital der Gesellschaft und hat ein aktienrechtliches Squeeze-out-Verfahren eingeleitet. Der Vorstand der HRE Holding hat sich gegenüber dem Finanzmarktstabilisierungsfonds grundsätzlich verpflichtet, die zur Umsetzung der Rekapitalisierung jeweils erforderlichen Schritte zu ergreifen. Zusätzlich prüft die HRE, Kredite aus dem Bereich Real Estate, die entweder problematisch oder nicht strategiekonform sind, sowie signifikante Teile des Wertportfolios und des strukturierten Wertpapierportfolios an eine Abwicklungsanstalt zu übertragen.

Bestandsgefährdende Risiken Der Fortbestand der HRE Holding hängt davon ab, dass der HRE Holding und ihren wesentlichen Tochtergesellschaften in hinrei-

chendem Umfang Eigenkapital zur Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen sowie zur Vermeidung einer nachhaltigen Überschuldungssituation zur Verfügung gestellt wird. Um eine Insolvenz aufgrund Zahlungsunfähigkeit von wesentlichen Tochtergesellschaften der HRE Holding oder der Gesellschaft selbst abzuwenden, ist externe Unterstützung durch Liquiditätshilfen notwendig. Diese Liquiditätshilfen müssen so lange zur Verfügung stehen, bis sich die HRE Holding und ihre wesentlichen Tochtergesellschaften wieder eigenständig am Geld- und Kapitalmarkt in ausreichendem Umfang Liquidität beschaffen können und bis die beschlossenen Restrukturierungsmaßnahmen als auch die Rekapitalisierung planmäßig umgesetzt sind.

Um den Fortbestand der HRE Holding und wesentlicher Tochtergesellschaften sicherzustellen, ist deshalb insbesondere erforderlich, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet,
- der Finanzmarktstabilisierungsfonds und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrechterhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen,
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt,
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden,
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden.

Das erste Halbjahr 2009 hat die HRE mit einem negativen Ergebnis vor Steuern abgeschlossen, das vor allem aus signifikanten Wertberichtigungen auf Immobilienforderungen und anderen Vermögenswerten resultierte. Auch für den Rest des Jahres rechnet die HRE mit signifikanten Wertberichtigungen und folglich mit einem negativen Ergebnis. Insbesondere die angespannte Situation auf den gewerblichen Immobilienmärkten könnte zu weiteren Zahlungsausfällen führen, sodass auch im zweiten Halbjahr 2009 Zuführungen zur Kreditrisikovorsorge in erheblichem Umfang möglich sein dürften. Diese werden voraussichtlich durch höhere Leerstandsraten, eine steigende Anzahl an Zwangsversteigerungen sowie eine Verschlechterung der Marktwerte der Immo-

bilien verursacht. Vor dem Hintergrund der globalen Rezession sind eine Erhöhung der Wertberichtigungen auf Infrastrukturfinanzierungen sowie deutliche Zahlungsverzögerungen und gegebenenfalls Ausfälle bei Kommunen und staatlichen Institutionen in den Emerging Markets, aber auch in den USA und Spanien, ebenfalls zu befürchten. Darüber hinaus sind weitere Belastungen aus der spezifischen, äußerst schwierigen Situation des Konzerns zu erwarten. Ferner wird der Zinsüberschuss voraussichtlich nicht im selben Ausmaß wie im ersten Halbjahr 2009 durch die Effekte im Geldmarktbereich und aus den gezogenen US-Liquiditätsfazilitäten begünstigt werden. Insgesamt wird für das Jahr 2009 ein erhebliches negatives Vorsteuerergebnis erwartet. Die HRE beziehungsweise die Deutsche Pfandbriefbank AG werden daher voraussichtlich noch im zweiten Halbjahr 2009 auf zusätzliche Kapitalerhöhungen angewiesen sein.

4.3.2. Unternehmensspezifische Lage

Eine verlässliche Prognose hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. kann vor dem Hintergrund der oben dargestellten Risiken bzw. Einflussfaktoren nicht abgegeben werden. Trotz weiter anhaltender Finanzmarktkrise sehen der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. keine Veranlassung, Einzelwertberichtigungen auf den Forderungsbestand vorzunehmen.

Die Zukunft der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. ist vollständig abhängig von der Entwicklung der HRE und der ihr hierbei zugeteilten Rolle in der strategischen Neuausrichtung der Gruppe. Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. ist als 100%-ige Tochter der DEPFA BANK plc Teil des so genannten „Value-Business“, deren Fokus auf Verwaltung und werterhaltender Reduzierung der Bestände liegt (siehe Punkt 1.3.1.). Der Verwaltungsrat der Hypo Pfandbrief Bank International S.A. geht zurzeit von einer Fortführung der Geschäftstätigkeiten aus.

5. Sonstige Angaben

Ihre Mandate im Verwaltungsrat der Bank haben Frau Fiona Gregan zum 13. August 2009 und Herr Klaus Söllner zum 1. September 2009 niedergelegt. Herr Markus Fels wurde zum 13. August 2009 als Mitglied des Verwaltungsrates bestellt.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des vergangenen Geschäftsjahres haben sich nach dem Berichtsstichtag nicht ereignet.

Luxemburg, 31. August 2009

Verwaltungsrat

- 20 **Bilanz zum 30. Juni 2009**
 - 22 **Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2009**
 - 24 **Bericht des Réviseur d'Entreprises**
 - 25 **Versicherung der gesetzlichen Vertreter**
-

Zwischenabschluss

Bilanz zum 30. Juni 2009

Aktiva			
in		30.06.2009	31.12.2008
Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postscheckämtern		6.159.007	10.900.496
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralbank zugelassen sind		355.564.594	405.564.594
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Werte	355.564.594		405.564.594
Forderungen an Kreditinstitute		593.954.949	713.354.120
Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	556.709.327		607.683.343
Andere Forderungen	37.245.622		105.670.777
darunter: täglich fällig	37.036.229		63.149.442
Forderungen an Kunden		269.365.561	273.027.026
Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	269.365.561		273.027.026
Andere Forderungen	-		-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		6.310.318.038	6.722.284.232
Öffentliche Emittenten	1.870.277.499		1.925.210.586
Andere Emittenten	4.400.437.589		4.659.282.294
Eigene Schuldverschreibungen	39.602.950		137.791.352
Sachanlagen		270.892	348.613
Sonstige Vermögensgegenstände		9.351	73.109
Rechnungsabgrenzungsposten		1.005.722.961	1.085.211.514
Summe der Aktiva		8.541.365.353	9.210.763.704

Passiva				
in			30.06.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			2.307.029.485	2.054.062.996
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe		5.000.000		5.000.000
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5.000.000		5.000.000
Andere Verbindlichkeiten		2.302.029.485		2.049.062.996
darunter: täglich fällig		40.105.226		286.689.977
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		2.261.924.259		1.762.373.019
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			1.450.296.661	1.367.796.661
Andere Verbindlichkeiten		1.450.296.661		1.367.796.661
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	1.450.296.661			1.367.796.661
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.450.296.661			1.367.796.661
Verbrieftete Verbindlichkeiten			4.448.298.958	5.384.750.633
Begebene Schuldverschreibungen		4.448.298.958		5.384.750.633
Öffentliche Pfandbriefe	4.448.298.958			5.384.750.633
Andere		-		-
Sonstige Verbindlichkeiten			654.544	298.359
Rechnungsabgrenzungsposten			167.481.637	242.692.136
Rückstellungen			4.589.712	5.841.077
Steuerrückstellungen		3.051.086		3.966.059
Andere		1.538.626		1.875.018
Nachrangige Verbindlichkeiten			34.000.000	34.000.000
Gezeichnetes Kapital			66.000.000	66.000.000
Ausgabeagio			15.000.000	15.000.000
Rücklagen			40.321.842	33.021.842
Ergebnis des Geschäftsjahres			7.692.514	7.300.000
Summe der Passiva			8.541.365.353	9.210.763.704

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2009

Aufwendungen				
in			1.1. - 30.06.2009	1.1. - 30.06.2008
Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen			244.409.996	396.689.782
Provisionsaufwendungen			417.957	349.721
Ergebnis aus Finanzgeschäften			-	-
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			1.873.369	2.028.666
Personalaufwand		690.497		863.439
davon für Löhne und Gehälter	601.626			755.661
davon für soziale Aufwendungen	88.312			107.058
davon für Altersversorgung	61.221			83.573
Sonstige Personalaufwendungen	559			720
Andere Verwaltungsaufwendungen		1.182.872		1.165.227
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			77.721	22.970
Sonstige betriebliche Aufwendungen			286	1.569
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken			500.000	-
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die Finanzanlagen darstellen			7.148	4.150
Steuern auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			1.566.586	1.062.677
Ergebnis des Geschäftsjahres			7.692.514	4.382.032
Summe der Aufwendungen			256.545.577	404.541.567

Erträge				
in			1.1. - 30.06.2009	1.1. - 30.06.2008
Zinserträge und ähnliche Erträge			255.714.736	404.315.225
davon aus festverzinslichen Wertpapieren		120.313.705		165.283.457
Ergebnis aus Finanzgeschäften			143.864	43.664
Provisionserträge			-	45.400
Sonstige betriebliche Erträge			684.888	133.128
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die als Finanzanlagen gehalten werden, auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen			2.089	4.150
davon Gewinne aus dem Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren, die als Finanzanlagen gehalten werden		1.013.369		4.150
Summe der Erträge			256.545.577	404.541.567

Bescheinigung über die prüferische Durchsicht Wir haben den beiliegenden verkürzten Zwischenabschluss zum 30. Juni 2009 bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2009 und dem Anhang für den Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Juni 2009 („Zwischenabschluss“) der Hypo Pfandbriefbank International S.A. einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Zwischenabschlusses in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen in Luxemburg liegt in der Verantwortung des Verwaltungsrates. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht einen Bericht über den verkürzten Zwischenabschluss abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Zwischenabschlusses in Übereinstimmung mit dem für Aufträge zur prüferischen Durchsicht geltenden International Standard on Review Engagements 2410 für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen durch den Abschlussprüfer, den maßgebenden Vorschriften und Verlautbarungen im Großherzogtum Luxemburg sowie den vom Institut des Réviseurs d'Entreprises (IRE) herausgegebenen Berufsgrundsätzen und Empfehlungen durchgeführt. Eine prüferische Durchsicht von Zwischenfinanzinformationen besteht aus der Befragung von Mitarbeitern der Gesellschaft, in erster Linie von für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeitern, analytischen und sonstigen Maßnahmen der prüferischen Durchsicht. Der Umfang einer prüferischen Durchsicht ist wesentlich geringer als derjenige einer Abschlussprüfung und bietet folglich nicht die Sicherheit, dass wir alle wesentlichen Aspekte erkennen, die im Rahmen einer Abschlussprüfung identifiziert worden wären. Wir haben keine Prüfung durchgeführt und erteilen aus diesem Grund kein Prüfungsurteil.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der beiliegende verkürzte Zwischenabschluss zum 30. Juni 2009 in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen in Luxemburg dargestellt worden ist.

Ohne unser Ergebnis der prüferischen Durchsicht einzuschränken, weisen wir auf die Ausführungen im Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs hin.

Dort ist dargelegt, dass der Fortbestand der Konzernobergesellschaft Hypo Real Estate Holding AG und wesentlicher Tochtergesellschaften davon abhängig ist, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet,
- der Finanzmarktstabilisierungsfonds und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrechterhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen,

- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt,
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden,
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden, sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden.

Dort wird auch ausgeführt, dass im Anlagebestand Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 4.556 Mio € enthalten sind, deren Marktwert 4.000 Mio € beträgt und bei denen Wertberichtigungen auf diesen niedrigeren Marktwert nicht vorgenommen wurden, da Leistungsstörungen bisher nicht eingetreten sind und auch nicht erwartet werden.

Zur Vermeidung eines aus diesem Sachverhalt resultierenden Verlustausweises ist insbesondere erforderlich, dass:

- die Gesellschaft in Zukunft über ausreichende Liquidität verfügt, um die Wertpapiere halten zu können (Haltefähigkeit) und
- der Fortbestand der Gesellschaft insgesamt gewährleistet ist.

Diese Umstände weisen zusammen mit anderen Punkten, wie in dem Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs dargelegt, auf das Bestehen einer wesentlichen Unsicherheit hin, die erhebliche Zweifel an der Fortführungsfähigkeit der Gesellschaft aufwerfen.

Bericht über den Zwischenlagebericht Der Zwischenlagebericht, welcher in der Verantwortung des Verwaltungsrats liegt, steht im Einklang mit dem verkürzten Zwischenabschluss.

Luxemburg, 31. August 2009

KPMG Audit S.à r.l.
Réviseurs d'Entreprises

T. Feld C. Brüne

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Halbjahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt. Im Zwischenlagebericht sind der Geschäftsverlauf einschliesslich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben werden.

Luxemburg, 31. August 2009

Klaus Söllner

Hagen Schmidt

Geschäftsführer
Mitglied des
Verwaltungsrates

Geschäftsführer
Mitglied des
Verwaltungsrates

28 **1. Allgemeine Anmerkungen**

28 **2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

29 **3. Angaben zu Aktivposten**

29 3.1 Darstellung der Vermögensgegenstände zum 30. Juni 2009

29 3.2 Darstellung der Forderungen bzw. Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere gegenüber verbundenen Unternehmen

29 3.3 Überblick über die Eigenmittelanforderungen gemäß CSSF-Rundschreiben 07/273

30 3.4 Informationen über das Kreditrisiko

30 3.5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

31 3.6 Sonstige Vermögensgegenstände

31 3.7 Rechnungsabgrenzungsposten

31 **4. Angaben zu Passivposten**

31 4.1 Darstellung der Verbindlichkeiten zum 30. Juni 2009

32 4.2 Darstellung der Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

32 4.3 Sonstige Verbindlichkeiten

32 4.4 Rechnungsabgrenzungsposten

32 4.5 Rückstellungen

32 4.6 Eigenkapital

32 4.7 Als Sicherheit gegebene Vermögenswerte für eigene Verbindlichkeiten

32 **5. Angaben zu außerbilanziellen Posten**

33 **6. Sonstige Erläuterungen**

33 6.1 Personal

33 6.2 Nicht auf Bilanzwährung lautende Positionen

33 **7. Anlagespiegel**

34 **8. Sonderangaben**

34 8.1 Deckungsrechnung für öffentliche Pfandbriefe

34 8.2 Weitere Aufgliederung

35 8.3 Rechnungsabgrenzungsposten

35 8.4 Zurückgekaufte eigene öffentliche Pfandbriefe

35 8.5 Zinsrückstände

Anhang

1. Allgemeine Anmerkungen

Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. (HPBI) wurde am 27. Juli 1999 in Luxemburg unter ihrem ursprünglichen Namen Pfandbrief Bank International S.A. (PBI) gegründet. Am 14. September 1999 wurde vom Finanzminister des Großherzogtums Luxemburg die Lizenz für den Betrieb der Bank als Pfandbriefbank nach Luxemburger Recht (Banque d'émission de lettres de gage) erteilt.

Der Eintrag im Handelsregister erfolgte am 16. August 1999 unter der Nummer 71104 (Sektion B). Die Rechtsgrundlage für den Betrieb einer Pfandbriefbank findet sich im „Gesetz vom 5. April 1993 über den Finanzsektor“ (in seiner derzeit gültigen Fassung) in den Artikeln 12–1 bis 12–9.

Gegründet wurde die Bank ursprünglich von der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank AG (HVB) und deren deutschen Hypothekenbank-Töchter mit jeweils gleich hohen Kapitalanteilen über eine Holdingkonstruktion.

Im Rahmen der Neuordnung der HVB-Group in 2003 wurde die HPBI ein Tochterunternehmen innerhalb der Hypo Real Estate Group. Seit 31. März 2008 werden alle Kapitalanteile der Bank vollständig von der DEPPFA BANK plc, Dublin, gehalten. Das gezeichnete Kapital der Bank ist voll eingezahlt.

Die Hypo Pfandbrief Bank International S.A. wird in den Konzernabschluss der Hypo Real Estate Holding AG, München, sowie in den Teilkonzernabschluss der DEPPFA BANK plc, Dublin, einbezogen. Die Abschlüsse sind am Sitz der jeweiligen Gesellschaften verfügbar.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Zwischenabschluss zum 30. Juni 2009 wurde im Einklang mit den geltenden Regelungen im Großherzogtum Luxemburg und insbesondere mit dem Gesetz vom 17. Juni 1992 betreffend den Jahresabschluss und den Konzernabschluss von Kreditinstituten („Gesetz“) erstellt. Das vom Gesetz abweichende Gliederungsschema der Bilanz basiert auf der von der Commission de Surveillance du Secteur Financier (CSSF) erarbeiteten Empfehlung zum Jahresabschluss für Pfandbriefbanken.

Im ersten Halbjahr 2009 wurden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie im Jahresabschluss 2008 angewendet.

Der Fortbestand der Gesellschaft ist durch Risiken bedroht, die im Abschnitt „4.3 Konzern- und Unternehmensspezifische Lage“ des Lageberichtes dargestellt sind. Dort ist aufgeführt, dass der Fortbestand der HRE Holding und wesentlicher Tochtergesellschaften davon abhängig ist, dass

- der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) in hinreichendem Umfang Eigenkapitalunterstützung leistet
- der Finanzmarktstabilisierungsfonds und die Deutsche Bundesbank ihre Liquiditätsunterstützung aufrechterhalten und gegebenenfalls auch weitere Liquiditätshilfe zur Verfügung stellen
- die Refinanzierung zu tragfähigen Konditionen verstärkt über den Geld- und Kapitalmarkt erfolgt
- die Restrukturierungsmaßnahmen planmäßig umgesetzt werden
- die zuständigen Behörden keine aufsichtsrechtlichen Maßnahmen ergreifen werden sowie
- keine rechtlichen Vorbehalte (insbesondere EU-Verfahren) erfolgreich geltend gemacht werden.

Der Finanzanlagebestand der Gesellschaft ist nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die im Wertpapierbestand enthaltenen unrealisierten Verluste sind

in Abschnitt 3.5 des Anhangs „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ dargestellt. Dort ist aufgeführt, dass im Anlagebestand von insgesamt 6.310 Mio € Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 4.556 Mio € enthalten sind, die einen niedrigeren Marktwert in Höhe von 4.000 Mio € haben. Wertberichtigungen auf diesen niedrigeren Marktwert wurden nicht vorgenommen, da Leistungsstörungen bisher nicht eingetreten sind und auch nicht erwartet werden.

Zur Vermeidung eines aus diesem Sachverhalt resultierenden Verlustausweises ist insbesondere erforderlich, dass

- die Gesellschaft in Zukunft über ausreichende Liquidität verfügt, um die Wertpapiere halten zu können (Haltefähigkeit) und
- der Fortbestand der Gesellschaft insgesamt gewährleistet ist.

Vor dem Hintergrund der Unterstützungsmaßnahmen des Finanzmarktstabilisierungsfonds und der deutschen Finanzwirtschaft sowie des Übergangs der Aktienmehrheit auf den deutschen Staat sowie weiteren eingeleiteten Initiativen durch die deutsche Bundesregierung und den im Zwischenlagebericht dargestellten zukünftigen Chancen geht das Management zum Zeitpunkt der Berichtserstellung von einer Fortführung der Hypo Real Estate Group und der Bank aus.

Die Kapitalwährung ist Euro (€).

3. Angaben zu Aktivposten**3.1 Darstellung der Vermögensgegenstände zum 30. Juni 2009**

Fälligkeitsspiegel in Tsd	Zur Refinanzierung bei der Zentralbank zugelassene Schuldtitle öffentlicher Stellen		Forderungen an Kreditinstitute (einschließlich Zentralbankguthaben)		Forderungen an Kunden	
	30.06.2009	31.12.2008	30.06.2009	31.12.2008	30.06.2009	31.12.2008
Täglich fällig	-	-	43.194	74.510	-	-
Bis 3 Monate	-	30.000	52.617	85.529	-	-
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	200.565	45.000	32.557	66.429	50.000	-
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	75.000	250.565	246.236	270.447	160.407	212.421
Mehr als 5 Jahre	80.000	80.000	225.509	227.340	58.959	60.606
Summe	355.565	405.565	600.113	724.255	269.366	273.027
Davon nachrangige Forderungen	-	-	-	-	-	-

Die täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute beinhalten Guthaben bei der Zentralbank in Höhe von 6.158 Tsd € (Vorjahr 10.900 Tsd €).

3.2 Darstellung der Forderungen bzw. Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere gegenüber verbundenen Unternehmen

in Tsd	30.06.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	209	42.061
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	88.103	186.291
Summe	88.312	228.352
Davon eigene Schuldverschreibungen	39.603	137.791

3.3 Überblick über die Eigenmittelanforderungen gemäß CSSF-Rundschreiben 07/273

in Tsd	Capital requirements
Eigenmittelanforderungen für Forderungen, die dem Standardansatz unterliegen	
Forderungen an Zentralverwaltungen und -banken	-
Forderungen an Institute	4.602
Forderungen an Unternehmen	824
Retail-Forderungen	-
Beteiligungen	-
Sonstige Aktiva	29
Eigenmittelanforderungen für Forderungen, die dem IRB-Ansatz unterliegen, mit eigener Schätzung der Verluste bei Ausfall und/oder Umrechnungsfaktoren (fortgeschrittener IRB-Ansatz)	
Forderungen an Zentralverwaltungen und -banken	10.304
Forderungen an Institute	7.364
Forderungen an Unternehmen	-
Retail-Forderungen	-
Forderungen im Rahmen einer Verbriefung	31.089
Eigenmittelanforderung zur Deckung des Währungsrisikos	1.065
Eigenmittelanforderung zur Deckung des operationellen Risikos	2.205
Summe	57.482
Haftendes Eigenkapital	155.698
Eigenmittelquote (in %)	21,7

3.4 Informationen über das Kreditrisiko

Die Forderungen sowie die Schuldverschreibungen und die anderen festverzinslichen Wertpapiere (nach Abzug von Wertberichtigungen) gliedern sich zum 30. Juni 2009 wie folgt:

Restlaufzeit in Tsd	≤ 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	> 5 Jahre ≤ 10 Jahre	> 10 Jahre	Summe
Kreditinstitute					
Europa	397.674	812.973	1.277.226	-	2.487.873
Japan	7.514	47.403	-	-	54.917
Kanada	16.200	-	9.936	-	26.136
Südkorea	17.369	10.613	26.847	-	54.829
USA	8.330	-	3.910	-	12.240
Summe	447.087	870.989	1.317.919	-	2.635.995
Öffentliche Kreditnehmer (ohne Kreditinstitute)					
Europa	466.729	464.727	869.587	1.276.682	3.077.725
Japan	3.724	51.267	-	-	54.991
Kanada	66.122	35.376	4.500	195.872	301.870
Südkorea	-	-	32.500	-	32.500
USA	6.078	10.898	20.900	1.388.246	1.426.122
Summe	542.653	562.268	927.487	2.860.800	4.893.208
Gesamtsumme	989.740	1.433.257	2.245.406	2.860.800	7.529.203

3.5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (nach Abzug von Wertberichtigungen)

in Tsd	30.06.2009	31.12.2008
Börsennotierte Werte	5.646.781	6.022.631
Nicht börsennotierte Werte	663.537	699.653
Summe	6.310.318	6.722.284

Die innerhalb eines Jahres fällig werdenden Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere betragen 449.891 Tsd € (Vorjahr 485.633 Tsd €).

Zur Refinanzierung bei einer Zentralbank der Euro-Zone zugelassene Schuldverschreibungen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, der am Euro teilnimmt, belaufen sich am 30. Juni 2009 auf nominal 3.966 Mio € (Vorjahr 4.511 Mio €).

Der Bestand „Schuldverschreibungen“ gliedert sich wie folgt:

in Tsd	30.06.2009	31.12.2008
Finanzanlagebestand	6.310.318	6.722.284
Liquiditätsbestand	-	-
Summe	6.310.318	6.722.284

Der kumulierte Betrag der abgegrenzten Agien beträgt zum 30. Juni 2009 1.793 Tsd € (Vorjahr 1.623 Tsd €); abgegrenzte kumulierte Disagien werden in Höhe von 4.286 Tsd € (Vorjahr 4.761 Tsd €) ausgewiesen. Rücknahmeverpflichtungen aus Pensionsgeschäften bestanden zum 30. Juni 2009 in Höhe von 119.154 Tsd € (Vorjahr 581.023 Tsd €), für Tender wurden 1.596.863 Tsd € (Vorjahr 956.108 Tsd €) bereitgestellt. Wertpapiere in Höhe von 32.500 Tsd € (Vorjahr 32.500 Tsd €) wurden im Rahmen der Einräumung einer Liquiditätsfazilität für die Hypo Real Estate Group durch ein Finanzkonsortium, der Deutschen Bundesbank und der deutschen Bundesregierung verpfändet.

Für Wertpapiere des Finanzanlagebestandes mit einem Buchwert in Höhe von 4.556.224 Tsd € (Marktwert 3.999.777 Tsd €) wurden Wertberichtigungen auf den niedrigeren Kurswert nicht vorgenommen, da bisher keine Ausfälle oder Leistungsstörungen eingetreten sind bzw. erwartet werden.

Für die hier angegebenen Marktwerte werden soweit möglich Marktpreise herangezogen. Aufgrund der derzeitigen Finanzmarktkrise wurde ein Volumen von 4.023 Mio € mit Preisen bewertet, die aus von Maklern gestellten Kurven bzw. aus Preisen von vergleichbaren, aktiv gehandelten Papieren abgeleitet wurden.

3.6 Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände (9 Tsd €; Vorjahr 73 Tsd €) enthalten vor allem Forderungen gegenüber der Steuerbehörde aufgrund Überschüssen aus der Mehrwertsteuererklärung.

3.7 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten im Wesentlichen Zinsabgrenzungen und Agio- bzw. Disagioabgrenzungen aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft. Hierbei belaufen sich die Disagien aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft auf 701.493 Tsd € (Vorjahr 707.949 Tsd €).

4. Angaben zu Passivposten

4.1 Darstellung der Verbindlichkeiten zum 30. Juni 2009

Fälligkeitsspiegel in Tsd	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
	30.06.2009	31.12.2008	30.06.2009	31.12.2008
Täglich fällig	40.105	286.690	-	-
Bis 3 Monate	1.621.098	1.555.900	-	-
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	195.826	206.473	95.700	-
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	450.000	5.000	67.000	142.700
Mehr als 5 Jahre	-	-	1.287.597	1.225.097
Summe	2.307.029	2.054.063	1.450.297	1.367.797

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultieren 1.716.017 Tsd € (Vorjahr 1.537.131 Tsd €) aus Pensionsgeschäften.

Verbriefte Verbindlichkeiten zum 30.06.2009 in Tsd	Öffentliche Pfandbriefe	Sonstige Schuldverschreibungen	Total
Täglich fällig	-	-	-
Bis 3 Monate	147.319	-	147.319
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.200.979	-	1.200.979
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.842.826	-	1.842.826
Mehr als 5 Jahre	1.257.175	-	1.257.175
Summe	4.448.299	-	4.448.299

Die im Folgejahr fälligen verbrieften Verbindlichkeiten belaufen sich auf 1.348.298 Tsd € (Vorjahr 2.082.478 Tsd €).

4.2 Darstellung der Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen in Höhe von 548 Mio € (Vorjahr 488 Mio €) aus kurzfristigen Geldhandelsgeschäften

4.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten (655 Tsd €; Vorjahr 298 Tsd €) enthalten überwiegend zum 30. Juni 2009 ausstehende Zahlungen für IT-Kosten, abzuführende Mehrwertsteuer, Lohnsteuer und Sozialabgaben.

4.4 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten im Wesentlichen Zinsabgrenzungen und Agien- bzw. Disagien.

4.5 Rückstellungen

Die ausgewiesenen anderen Rückstellungen wurden für am Stichtag bestehende Verpflichtungen gegenüber dem Personal sowie die abgelaufene Periode betreffende Verpflichtungen gegenüber Dritten (Prüfungskosten, Beratungskosten etc.) gebildet. Zudem wurde aufgrund der geplanten Restrukturierungsmaßnahmen im Konzern ein Betrag von 706 Tsd € im Jahr 2008 zurückgestellt, der bisher noch nicht beansprucht wurde.

5. Angaben zu außerbilanziellen Posten

Transaktionen in derivativen Instrumenten werden ausschließlich zu Sicherungszwecken im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung im OTC-Markt getätigt. Handelsgeschäfte mit Derivaten wurden nicht getätigt. Grundsätzlich wurden mit den Handelspartnern im Derivategeschäft Netting-Vereinbarungen zur Risikoreduktion getroffen.

Im Berichtszeitraum wurden Zins- und Währungsswaps in Höhe von 131 Mio € in die Deckung einbezogen. Mit den betreffenden Kontrahenten wurden vertragliche Vereinbarungen getroffen, die die Informations- bzw. weiteren Mitwirkungspflichten regeln. Das Verfahren ist aufsichtsrechtlich und mit dem Treuhänder abgestimmt.

Das Nominalvolumen der offenen, nicht bilanzwirksamen Geschäfte belief sich zum 30. Juni 2009 auf 7.735 Mio €, wovon auf verbundene Unternehmen 3.944 Mio € entfielen. Für das aus Derivaten resultieren-

4.6 Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 66.000 Tsd € und ist in 66.000 nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

Nach dem Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften muss die Bank jährlich einen Betrag in Höhe von wenigstens 5 % des jährlichen Nettogewinns einer gesetzlichen Rücklage zuführen, bis diese 10 % des gezeichneten Kapitals erreicht. Die gesetzliche Rücklage darf nicht ausgeschüttet werden. Zum 30. Juni 2009 bestand eine gesetzliche Rücklage in Höhe von 2.195 Tsd € sowie eine freie Rücklage über 38.127 Tsd €.

Die Bank nutzt die steuerliche Möglichkeit der Anrechnung der Vermögensteuerzahllast, die voraussetzt, dass das Fünffache der Vermögensteuerzahllast in eine spezielle Gewinnrücklage eingestellt wird. Eine Ausschüttung dieser Rücklage ist für jeweils fünf Jahre nicht möglich, sofern die Vermögensteuer endgültig nicht mehr gezahlt werden soll. In den Rücklagen sind 13.210 Tsd € für die Anrechnung der Vermögensteuer enthalten.

4.7 Als Sicherheit gegebene Vermögenswerte für eigene Verbindlichkeiten

Bei der Zentralbank wurden Vermögensgegenstände in Höhe von nominal 1.823.176 Tsd € als Sicherheit hinterlegt. Wertpapiere in Höhe von 32.500 Tsd € wurden im Rahmen der Einräumung einer Liquiditätsfazilität für die Hypo Real Estate Group durch ein Finanzkonsortium verpfändet.

rende Adressenrisiko werden unter anderem die Bruttowiederbeschaffungswerte (Replacement-Costs) ermittelt. Diese errechnen sich als Summe aller positiven Marktwerte ohne Berücksichtigung von Netting-Vereinbarungen. Das so definierte Adressenrisiko (maximales Ausfallrisiko) belief sich zum 30. Juni 2009 auf 350 Mio € oder 4,52 % des ausstehenden Nominalvolumens. Nach Berücksichtigung von Netting-Vereinbarungen vermindert sich das Adressenrisiko auf 234 Mio €.

Legt man nach bankaufsichtsrechtlichen Maßstäben zusätzlich für zukünftiges potentielles Risiko die Add-Ons und ferner die Risikogewichtung zugrunde, ergibt sich zum 30. Juni 2009 ein Adressenrisiko nach der Marktwertmethode von 92 Mio €. Die HPBI wird auch zukünftig streng darauf achten, das Kontrahentenrisiko durch aktive Steuerung in einem engen Rahmen zu halten. Kontrahenten im Derivategeschäft sind ausschließlich OECD-Banken.

in Mio	Nominal Restlaufzeit ≤ 1 Jahr	Nominal Restlaufzeit ≤ 5 Jahre	Nominal Restlaufzeit > 5 Jahre	Summe Nominale	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Adress- risiken
Zinsbezogene Geschäfte							
Zinsswaps (gleiche Währung)	1.373	1.712	3.246	6.331	166	447	–
Zinsoptionen – Käufe	31	51	–	82	2	–	–
Sonstige Zinskontrakte	–	–	–	–	–	–	–
Währungsbezogene Geschäfte							
Devisenswaps	416	–	–	416	13	–	–
Cross-Currency-Swaps	204	244	458	906	169	12	–
Summe	2.024	2.007	3.704	7.735	350	459	92*

*) wegen Netting-Vereinbarungen nicht aufteilbar

Die Derivate wurden nur zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Den obigen negativen Marktwerten stehen entsprechende stille Reserven in den abgesicherten Grundgeschäften gegenüber.

6. Sonstige Erläuterungen

6.1 Personal

Der durchschnittliche Personalbestand im Berichtsjahr stellt sich wie folgt dar:

Geschäftsführung inklusive Abteilungsleiter: 3,0
Übrige Mitarbeiter: 10,0

Zum 30. Juni 2009 bestand die Geschäftsführung aus zwei Personen. Außerdem gehörten 11 Mitarbeiter zum Personalbestand.

6.2 Nicht auf Bilanzwährung lautende Positionen

Der Gesamtbetrag an Vermögensgegenständen in Fremdwährung (ohne EUR-Währungen) beläuft sich auf 2.388 Mio €. Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden zum Jahresende i. H. v. 2.351 Mio €. Diese Positionen sind fast vollständig durch Währungs- und Zins-/Währungsswaps abgesichert.

7. Anlagespiegel

in Tsd	Anschaffungs- kosten	Zugänge Geschäftsjahr	Abgänge Geschäftsjahr	Abschreibung Geschäftsjahr	Abschreibung kumuliert	Restbuchwert 30.06.2009	Restbuchwert Vorjahr
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.054	–	–	–78	–783	271	349
Davon EDV	953	–	–	–73	–697	256	328
Wertpapiere des Anlagevermögens	6.722.284	10.875	–422.841	–	–	6.310.318	6.722.284
Summe	6.723.338	10.875	–422.841	–78	–783	6.310.589	6.722.633

8. Sonderangaben

Deckungsrechnung für den nach Art. 12-1 bis 12-9 des Gesetzes vom 5. April 1993 über den Finanzsektor bestehenden Deckungsbestand Die Angaben beschränken sich auf die Darstellung der öffentlichen Pfandbriefe. Hypotheken-Pfandbriefe wurden nicht emittiert. Derivative Finanzinstrumente wurden am Stichtag zur Deckung mit einem Bestandwert von 131.066 Tsd € herangezogen.

8.1 Deckungsrechnung für öffentliche Pfandbriefe

in Tsd	30.06.2009
Deckungswerte	5.493.723
Ersatzdeckung	
Wertpapiere	45.400
Bankguthaben	-
Gesamtdeckung	5.539.123
Umlauf	
Inhabertitel	4.405.337
Namensittel	766.756
Gesamtumlauf (deckungspflichtig)	5.172.093
Überdeckung	367.030

8.2 Weitere Aufgliederung

8.2.1 Deckungswerte

Ordentliche Deckung in Tsd	30.06.2009
Forderungen an Kreditinstitute Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	546.709
Forderungen an Kunden Kommunalkredite oder von öffentlichen Stellen garantierte Kredite	624.930
Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten oder von öffentlichen Stellen garantiert	3.985.490
Gedeckte öffentliche Inhaber-Pfandbriefe	195.528
Gedeckte öffentliche Namens-Pfandbriefe	10.000
Derivative Produkte	131.066
Zwischensumme	5.493.723
Ersatzdeckung	
Andere Forderungen an Kreditinstitute	-
Schuldverschreibungen gemäß Art. 42 (3) OGAW-Gesetz	45.400
Summe	5.539.123

8.2.2 Deckungsbestand der Kommunaldarlehen

Aufgliederung der Größenklassen in Tsd		Anzahl	30.06.2009
Bis	25 Mio	55	656.355
Bis	50 Mio	45	1.545.186
Bis	100 Mio	36	2.325.739
Über	100 Mio	7	1.011.843
Summe		143	5.539.123

Aufgliederung nach Ländern	in Tsd	in %
USA	1.228.090	22,2
Deutschland	1.034.404	18,7
Österreich	662.750	12,0
Spanien	547.826	9,9
Kanada	434.367	7,8
Schweiz	399.607	7,2
Italien	198.149	3,6
Portugal	158.000	2,9
Int. Organisationen	116.071	2,1
Japan	109.040	2,0
Frankreich	105.000	1,9
Belgien	100.799	1,8
Irland	83.412	1,5
Slowenien	80.000	1,4
Großbritannien	76.364	1,4
Luxembourg	62.028	1,1
Südkorea	54.987	1,0
Finnland	45.400	0,8
Polen	19.653	0,3
Bulgarien	14.150	0,3
Slowakei	8.000	0,1
Schweden	1.026	-
Summe	5.539.123	100,0

8.2.3 Barwertige Deckungsrechnung

in Mio	Deckungspflichtige öffentliche			in %
	Deckungsstock	Pfandbriefe ¹	Überdeckung	
Nominal	5.539	5.172	367	7,1
Barwertig ²	5.890	5.351	539	10,1
Barwertig, bei einer Verschiebung der Zinskurve				
um + 100 bp	5.669	5.186	483	9,3
um - 100 bp	6.136	5.522	614	11,1

¹ Lettres de gage publiques; ² mit ursprünglichen Credit Spreads berechnet

8.3 Rechnungsabgrenzungsposten

in Tsd	30.06.2009
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	
Zinsabgrenzung	146.740
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	701.493
Andere	157.490
Summe	1.005.723
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	
Zinsabgrenzung	135.017
Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	3.262
Andere	29.203
Summe	167.482

8.4 Zurückgekaufte eigene öffentliche Pfandbriefe

Im Berichtszeitraum wurden keine öffentlichen Pfandbriefe zum Zweck der Kurspflege zurückgekauft und aufgelöst. Es wurden im Berichtszeitraum 98,2 Mio € öffentliche Pfandbriefe fällig. Zum 30. Juni 2009 wird ein Bestand mit einem Buchwert von 39,6 Mio € ausgewiesen.

8.5 Zinsrückstände

Die im Berichtsjahr fälligen Zinsen aus Forderungen und Wertpapieren sind vollständig eingegangen.

Rückstände bestehen nicht; Abschreibungen oder Wertberichtigungen auf Zinsen wurden nicht vorgenommen.

38 **Mitglieder des Verwaltungsrats**

38 **Geschäftsleiter der Bank**

38 **Réviseur Spécial**

Gremien

Mitglieder des Verwaltungsrats

Dr. Markus Fell Vorsitzender bis 20. Januar 2009	Vorstandsmitglied der Hypo Real Estate Holding, München
Cyril Dunne Vorsitzender seit 2. Februar 2009	Vorstandsvorsitzender der DEPFA BANK plc, Dublin
Julia Hoggett bis 23. Februar 2009	Vorstandsmitglied der DEPFA ACS Bank, Dublin
James Campbell bis 27. April 2009	Vorstandsmitglied der DEPFA BANK plc, Dublin
Fiona Gregan seit 29. April 2009	Credit Officer Public Sector, IFU and Structured Products der DEPFA BANK plc, Dublin
Stephane Rio seit 23. Februar 2009	Vorstandsmitglied der DEPFA BANK plc, Dublin
Michael Schultheiss vom 23. Februar 2009 bis 29. April 2009	Head of Treasury der Hypo Real Estate Bank, München
Hagen Schmidt	Administrateur-Délégué, Trier
Klaus Söllner	Administrateur-Délégué, Trier

Geschäftsleiter der Bank

Hagen Schmidt	Administrateur-Délégué, Trier
Klaus Söllner	Administrateur-Délégué, Trier

Réviseur Spécial

PricewaterhouseCoopers S.à.r.l.

Hypo Pfandbrief Bank International S.A.
4, rue Alphonse Weicker
L-2721 Luxembourg
Tel.: +352 26 41-47 00
Fax: +352 26 41-47 99
info@hpbi.lu
www.hpbi.lu